

219
(73)

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig
Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig
Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig

Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig
Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig
Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig

Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig
Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig
Verlag: J. B. Metzger & Co., Leipzig

Nr. 49/50. Berlin, Sonnabend, 13. Dezember 1919. Einundfünfzigster Jahrgang.

Die nächste Nummer des „Gewerksverein“ erscheint in kleinerem Format, dafür aber achtfach, am

1. Januar 1920.

Inhaltsverzeichnis.

Die Streikbewegung im Jahre 1918. — Die neue Erziehung. — Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Gemeindearbeiter. — Die Genossenschaft als Grundlage unserer Wirtschaft. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbande. — Literatur. — Anzeigen.

Die Streikbewegung im Jahre 1918.

Die amtliche Streikstatistik für das Jahr 1918, die im Novemberheft des „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird, zeigt ein wesentlich anderes Gesicht als ihre Vorgängerinnen. Das ist ganz natürlich: Der Krieg ging zu Ende, der Bürgerkrieg wurde aufgehoben, und die Revolution griff mit ihren gewaltigen Erschütterungen tief in das Wirtschaftsleben ein. Sie zeitigte auch eine Art bis dahin bei uns unbekannter Bewegung, die politischen Streiks. Kein Wunder, wenn da die Ziffern sowohl für die Streikwoche für die daran Beteiligten zu einer noch nicht erreichten Höhe emporstiegen. Dabei muß noch erwähnt werden, daß aus verschiedenen naheliegenden Gründen die amtliche Statistik keinen Anspruch auf Genauigkeit und Vollständigkeit erheben kann, so daß die Zahlen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben und als Mindestziffern anzuspitzen sind.

Eine besondere Schwächenstelle für die Statistik lag darin, daß zwischen wirtschaftlichen und politischen Streiks nicht immer die Grenzlinien genau gezogen werden konnten. Weiter auch gibt das vorliegende Material keinen Anhalt zur Unterscheidung und Hervorhebung der sogenannten wilden Streiks, deren Berücksichtigung gerade im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Verhältnisse von Wichtigkeit wäre. Man wird unter einem „wilden Streik“ einen solchen verstehen können, der ohne Zustimmung einer Berufsorganisation ohne vorangegangene Anklage und nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Streikföhrigen zum Ausbruch gekommen ist. Nur wenn auch diese, wegen der Bedrohung des Arbeitsfriedens besonders gefährlichen Streiks ausgedehnt und statistisch erfasst werden können, besteht Aussicht, die Natur und Wirkungen der Arbeitskämpfe richtig zu übersehen und danach etwa notwendig werdende Abwehrmaßnahmen einzurichten. Es wird sich dann zeigen, daß besonders seit der Revolution, und noch mehr im Jahre 1919, der Streik nicht immer als „das Letzte, mit höchster Selbsttätigkeit anzuwendende wirtschaftliche Kampfmittel zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten“, wie es der Reichsanwalt am 7. Oktober 1919 in der Deutschen Nationalversammlung bezeichnet hat, benutzt worden ist, und daß Streiks verhältnismäßig wenig in denjenigen Gewerben auftraten, in denen die gesetzliche gewerkschaftliche Organisation der Vorkriegszeit das Best in Säcken behalten konnte.

Unter Berücksichtigung aller dieser Einschränkungen zeigt die Statistik für das Jahr 1918 eine außerordentliche Zunahme der Streiks. Während 1917 im ganzen nur 561 Arbeitskämpfe gezählt wurden, ist die Zahl im Berichtsjahre auf 772 gestiegen, von denen 531 wirtschaftlicher und 241 politischer Natur waren. Bis zum Ausbruch der

Revolution wurden 348 wirtschaftliche und 151 politische Streiks gezählt, während 183 wirtschaftliche und 90 politische Streiks auf die Revolutionswochen des Jahres 1918 entfielen. Wie i. J. 1917, so sind auch im Jahre 1918 die meisten Streiks im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen zu verzeichnen gewesen, und zwar 304 gegen 209; beinahe der vierte Teil, nämlich 65, waren politische Streiks; ebenso wie im Jahre 1917 folgt auf diese Gewerbezweige die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit zusammen 180 Streiks; von diesen waren jedoch nur 72 wirtschaftlicher und 108 politischer Natur. Da im Jahre 1917 politische Streiks überhaupt nicht gezählt wurden, so würde die Gegenüberstellung ergeben, daß in dieser Industrie die Zahl der wirtschaftlichen Streiks wesentlich abgenommen hat, dagegen die politische Unruhe hier am stärksten zum Ausdruck gekommen ist; dies wird auch dadurch bestätigt, daß diese 108 politischen Streiks die Höchstzahl der in einer Gewerbezweige überhaupt gezählten politischen Streiks darstellen. — Im übrigen weisen die Zahlen der beendeten Streiks des Berichtsjahrs im Vergleich zu dem Vorjahre wesentliche Unterschiede nicht auf; Zunahmen, wenn auch nicht erheblicher Art, zeigen die Industrie der Metallbearbeitung, die chemische Industrie, die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, die Papierindustrie, die Industrie der Holz- und Admstoffe, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, Bekleidungs-, Handlungsgewerbe, Verkehrsgewerbe, die Schank- und Gastwirtschaft und die „verschiedenen Gewerbe“, während das Spinnstoffgewerbe und das Baugewerbe, letzteres erheblich, in der Zahl zurückgegangen sind.

Was die örtlichen Gebiete betrifft, so entfällt die Höchstzahl von 134 Streiks auf Schlesien; es folgt Brandenburg mit 110 und Westfalen mit 108 Streiks.

Die Zahl der betroffenen Betriebe hat sich naturgemäß ebenfalls stark erhöht; sie beträgt 7396 gegen 3332 im Vorjahre. Was aber bemerkenswert ist: Von den 7396 Betrieben wurden nur 1094 von wirtschaftlichen, dagegen 6302 von politischen Streiks ergriffen.

In den von Streiks betroffenen Betrieben waren 2 476 082 Arbeiter beschäftigt, von denen 1 304 286 gleichzeitig streikten. Beide Zahlen sind Rekordziffern, denn keines der früheren Kriegs- oder Friedensjahre hat auch nur annähernd so große Zahlen aufzuweisen; fast 2½ Millionen Arbeiter stehen der bisherigen Höchstzahl von 887 041 Arbeitern gegenüber, die 1912 in den betroffenen Betrieben beschäftigt waren, und den 1¼ Millionen Streikenden folgt erst die entsprechende Zahl für 1905 mit 408 145. Allerdings sind diese Zahlen fast ohne weiteres vergleichbar, denn die früheren Angaben betrafen nur wirtschaftliche Streiks, diejenigen des Berichtsjahrs aber daneben noch die politischen Streiks. Man darf also den bisherigen Höchstziffern nur die Zahlen des Berichtsjahrs für wirtschaftliche Streiks gegenüberstellen: 715 697 bzw. 379 116.

Die Dauer der Arbeitskämpfe während der Kriegsmoente 1918 betrug durchschnittlich etwas über 4 Tage. Erreichte sie damit auch nicht den Durchschnitt der Jahre 1915 und 1916, so übertraf sie doch das Vorjahr um ein Erhebliches und stand auch über dem Durchschnitt der Dauer der Kriegstreiks überhaupt. Allerdings ist anzuerkennen, daß sie der Dauer der Friedensstreiks nicht annähernd gleichkam. Wesentlich ungünstiger stellen sich die Verhältnisse, wenn man die Anzahl der durch die Streiks betroffenen Arbeitstage in Betracht

zieht. Sie ist für das ganze Jahr 1919 auf nicht weniger als 5 217 982 emporgerückt; davon entfallen auf die Kriegszeit nach vorstehendes Uebersicht 3 249 453 Arbeitstage, so daß für die Revolutionswochen allein 1 968 529 verlorene Arbeitstage, also fast 2 Millionen für 9 Wochen übrig bleiben. Fällt danach die Rechnungsziffer für 1918 an, so läßt sich ganz aus dem Rahmen der Zahlen der Friedensjahre durchschneiden, so darf man doch nicht übersehen, daß einerseits in der Zeit des stärksten Kriegsdrucks von außen nahezu 3¼ Millionen Arbeitstage verloren gegangen sind, wo ansehnliche Arbeit am Werke gewesen wäre, und daß andererseits nach dem Ausbruch der Revolution in wenigen Wochen verhältnismäßig mehr Arbeitstage verloren wurden als in je einem vollen Friedensjahre (von 1906 absehen). Gegenüber dem Vorjahre bedeutet übrigens die Rechnungsziffer für das ganze Jahr 1918 eine Zunahme um 180 3 v. H.

Auf die Zahl der beteiligten Arbeiter berechnet, betrug der Verlust an Arbeitstagen während der Kriegsmoente durchschnittlich 5,6 d. h. fast eine völlige Arbeitsmode, gegenüber 3,95 für alle Kriegstreiks. Auf das ganze Jahr 1918 berechnet, stellt sich die Gesamtzahl etwas günstiger, nämlich auf genau 4 Tage.

Bei der Betrachtung über die Fortwahnungen und Erfolge kommen schließlich die wirtschaftlichen Streiks in Frage. Viel mehr als zwei Dritteln derselben handelte es sich um die Erhöhung der Arbeitslöhne, die etwa einem Fünftel um die Verkürzung der Arbeitszeit. Einen vollen Erfolg hatten von den 531 wirtschaftlichen Streiks 69 oder 13 Prozent einen teilweisen Erfolg 285 oder 54 Prozent und keinen Erfolg 33 Prozent. In 157 Fällen wurden die Streiks durch Vergleichsverhandlungen beendet; nur in 3 Fällen wurde das Gewerbegericht mit Erfolg angerufen, in 211 Fällen vermitteln Berufsvereinigungen oder dritte Personen den Frieden.

Den zahlreichen Streiks steht nur eine einzige Ausperrung gegenüber, und zwar im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in der Obepfalz. Sie betraf einen Betrieb, in dem 45 Arbeiter beschäftigt waren, und erstreckte sich auf 18 Personen, die beinahe vier Monate ausgeperrt waren, so daß 1308 Arbeitstage verloren gingen. Für die Revolutionszeit ist keine Ausperrung gemeldet worden.

Die hohen Streikziffern reden eine deutliche Sprache. Leider ist zu erwarten, daß die Statistik für das laufende Jahr noch ungenügende Zahlen bringt. Darin liegt auch die Erklärung für das Darniederliegen unseres Wirtschaftslebens. Erfreulicherweise hat sich die durch die Revolution erzeugte Aufregung etwas gelegt, so daß mit einer Besserung der Verhältnisse im neuen Jahre mit ziemlicher Bestimmtheit gerechnet werden kann.

Die neue Erziehung.

Erzogen wird bekanntlich nicht nur in der Schule. Dort öfter sogar am allerwenigsten. Auch nicht nur im Hause. Väter und Mütter haben dazu vielfach keine Zeit, keine Lust und kein Geschick. Das mußte schon Martin Luther. Erzogen wird überall, wo Menschen verschiedener Art, gleicher Entwicklung, Große und Kleine, Geheite und Dumme, zusammenkommen. Wir alle bilden zu denen empor, die groß sind oder uns doch größer erscheinen als wir selbst, und folgen ihnen willenlos. Wohl dem, der ein Auge für wirkliche Größe und Höhe hat und nicht übermäßig

Läufung verfallt! So gehen wir alle bis zum Lebensende in die Schule, der eine in eine gute, der andere in eine schlechte, der eine beim lieben Gott, der andere beim Teufel, und so auf dem ganzen langen Wege zwischen Gut und Böse. In der Regel wissen wir nichts von dieser Schule; sie ist unbewußt und ungewollt.

Ein Volk wird erhoben durch seine großen Menschen: Staatsmänner, Gelehrte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Seelsozialen, insbesondere aber auch durch die vielen ungenannten und unbekannteren Tüchtigen, die im kleinen Leben ihrer Umgebung voranschreiten, vielleicht nur wenige Zoll größer als sie, aber eben darum in ihrer Ueberlegenheit um so leichter und voller begriffen. Wirkliche Werte bedeuten aber auch hier oft weniger als Scheinwerte. Nicht wie die Menschen und die Dinge sind, sondern wie sie uns erscheinen ist für ihren Einfluß auf uns entscheidend.

Die Erziehung ist um so erselareicher, je weniger es dem Erzoenen zum Bewußtsein kommt daß er in die Schule geht. Und der Schuljunge lernt von dem voranschreitenden Kameraden, der Schritte von dem älteren Mitarbeiter oft mehr als vom Lehrer und Meister, häufig ohne es zu wissen und zu wollen. Von den uns Vorgelebten und Uebergeordneten trennt uns oft die amtliche Distanz. Wo sie von einem großen und guten Menschen wenig fühlbar gemacht wird, nimmt freilich der Unterachene gern an, was von oben kommt, denn nur aus wirklicher, vermeintlicher Höhe kommen alle Erziehungsbeeinflüsse.

Im neuen Staate hat sich vieles geändert. Wenn er bestehen soll, so müssen mehr Erziehungseinrichtungen, als bisher, wirksam werden. Teil weise mehr unsere Volk auf die Schulbank setzen, die Schulen weit höher ausdehnen und auch hinter jeden neuen Reiches noch einen Lehrer stellen und einen Arbeiter einstellen. Vielleicht ist das die einzige Möglichkeit, etwas von der bisherigen Schule zu retten. Aber vieles was bisher erzwungen wurde, was die Politik erzwang und was wir nicht entbehren können, auch in Zukunft durch Erziehung geleistet werden. Wir sind ein Volk der Ordnung, das man uns oft nennt. Nehmt man sich nicht viel davon. Die Ordnung war vielfach nur erzwungen. Man sollte sich zunächst recht ungen, zum Teil aus bloßer Gewohnheit. Darum brach vieles zusammen, was man als unentbehrlich ansah, was als Ausfluß innerer Eigenheiten galt. Auf unseren Eisenbahnen z. B. sind den nur wenige im Widerspruch mit einer B. gegen an heute stehen junge und alte Herren das größte Recht, und wenn ein Wid auf die Frauen in Abteil gehen sollte, keine Lust zu gestatten. Die Anwesen und Wälder werden getrieben, vertrieben und Eigentümern abits kann noch. Alles was nicht verhindert werden kann, erweist vielen unter uns, erweist und in diesen "Freien" neuen Zeiten nur bedauerlichen Menschen.

Es wird Zeit, daß man auch das Licht und auf Abhilfe bedacht ist. Aber wie? Die berufsmäßige Erziehung erweist nur die Jugend, und auch die nur zum Teil ganz. Auch in ihren Reihen hat sich immer viel "emacht". Von den Veran von Volksgemeinschaften wird auch nicht viel erneuert werden. Und das ist auf so. Ein mündiger Volk braucht sie nicht. Aber es muß auch mündig sein oder doch mündig sein wollen. Neben den Zielen, was man heute jedem ins Ohr dreht, sollte man vielleicht auch jenen, das im Volkstaate sich jeder in seinem ganzen öffentlichen Leben und Auftreten unter des Geistes der guten Sitte stellen muß. Ein anderer Volkstaat ist unerblickbar. Wer das nicht tut, ist für ein freies Gemeinwesen nicht rein und wenn viele es nicht tun, ist dieses Gemeinwesen unmöglich. Vielleicht erinnern die künstlerisch voranlängten Leute, die uns mit so vielen überflüssigen Bildern an den Mauern und munden wechselhaften Auftritten beglückt haben, auch einmal etwas Geheiltes, was einfache Gedanken wie diese, den Müssen vor Augen stellt. Man darf dabei ruhig sagen, daß ein Volk und im Volkstaate ein Volk ist, und daß Gewohnheit, Tölpelhaftigkeit, Rücksichtslosigkeit nicht ohne weiteres als Sterbtüde für junge und alte Republikaner gelten können.

Früher rief man, wie gesagt, in solchen Fällen noch dem Schatzmann, und mancher mag die lauer angesprochen und zum Teil sogar bösschen und zuvorkommenden "Blauen" zurückwünschen. Alle früheren Aufgaben wird man ihnen aber schwerlich übertragen wollen, und es sollte wohl auch nicht nötig sein, wenn die Bevölkerung selbst auf Ordnung und gute Sitte hält. Aber merkwürdig, daß habe es oft erlebt, daß man zwar den ersten

besten Köhling in Schutz nahm, aber den gegen ihn Auftretenden nicht unterstützte.

Menschliches Zusammenleben ohne Recht und Ordnung ist nicht möglich. Aber Juang erzielt keine züchtigen, entgegenkommenden Menschen, wie man ihnen z. B. im Londoner Straßenleben überall begegnet. Das kann nur freie Unterordnung unter die Sitte, die allen als unentbehrlich gilt, bringen. Sie zu schaffen, auch für das äußere Leben, für Strafe und Eisenbahn, für Schauspielhaus und Konzertsaal, nicht zuletzt auch für die Kleiderablage, ist wirklich eine Erziehungsaufgabe. Man kann in dieser Hinsicht ausländische Muster ganz gut verwenden. Aber auch aus Eiaenen läßt sich das alles schließlich wohl schaffen.

Und wenn man's tut, so gewinnt man mehr und Wertvolleres dazu. Aus aller freien Ordnung und allem harmonischen freundlichen Zusammenleben entspringt ein Stid Erziehung des Menschen zu dem Höchsten und Größten. Das freundliche Zidbegnügen und Zusammenleben führt zum Stidenden heute weit Entfernter, zum Mitleben und Mitgehen wertvoller Bildungsgegenstände, wie es in der erzwungenen Ordnung ganz unmöglich ist. Und das erweist mir als der Kern der notwendigen neuen Erziehung. Das ist die große Schule, die niemand sieht, die keinen drückt und beengt und in der doch jeder von allen, die über ihm stehen und ihm voraus sind, lernt und erwirbt. Jeder Schritt ins Leben hinaus führt in diese wirkliche Volksschule, die noch mehr wert ist als die gewöhnlich zu verachtende Volkshochschule, die uns haenisch errichten möchte.

R. Lews.

Delegiertentag des Gewerbevereins der Deutschen Gemeindearbeiter.

Der Gewerbeverein der Deutschen Gemeindearbeiter hielt seinen 8. Delegiertentag am 6. und 7. Dezember im Verbandshaus in Berlin ab. Der stellv. Vorsitzende Dr. Zöschke eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Tagung. Betreten waren die Ortsvereine Berlin, Frankfurt a. M., Jürth, Halle a. S., Nürnberg und Zöschke. Als Vertreter des Verbandes nahm der stellv. Vorsitzende teil.

Zur Leitung der Geschäfte wurden die Kollegen Matichuk, Aluae und Alaud gewählt.

Matichuk erstattete hieran einen umfassenden Bericht über die letzte Geschäftsperiode ein Zidbild hingebender Arbeit, unermüdlicher Tätigkeit und rastlosen Strebens. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsleute mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Aber auch von heftigen Kämpfen und Widerständen mit den allgemeinen Berufsorganisationen, die neben sich niemand dulden wollen, gab der Bericht Kenntnis.

Der Kassierbericht erstattete der Kollege Alaud. Trotz der großen Ansprüche, die während der Kriegszeit an die Masse gestellt wurden und die stark belasteten, konnten alle Anforderungen prompt erfüllt werden, wenn auch der Vermögensbestand um rund 1000 Mk. gesunken ist. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Hauptvorstand die Entlastung erteilt.

Bei der nun folgenden Beratung der Anträge ist besonders hervorzuheben, daß die Zentralisation der jetzt nur im losen Verhältnis stehenden Ortsvereine einstimmig beschlossen wurde. Der wöchentliche Beitrag ist auf 50 Pa. erhöht, wovon 80 Prozent für die Hauptkasse und 20 Prozent für die Ortsvereine zu Verwaltungszwecken verbleiben.

Für das Unterstützungsweisen wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Als Streifenunterstützung wird gewährt noch 13wöchentliche Ritaliedschaft für unverbearbeitete Mitglieder pro Tag 2 Mk., für verbearbeitete 2.50 Mk., für jedes Kind unter 14 Jahren pro Tag 25 Pa.

Als Arbeitslosenunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft auf die Dauer von 10 Wochen für Unverbearbeitete pro Tag 2 Mk., für verbearbeitete 2.50 Mk. Bei Maßregelung soll noch 13wöchentliche Ritaliedschaft 1/2 des Ortslohnes 10 Wochen und nach begründetem Antrag des Ortsvereins noch längere Zeit als Unterstützung gewährt werden.

Alle Unterstützungen werden vom 1. Januar 1920 ab von der Hauptkasse getragen. Der Berliner Ortsverein wird an die Hauptkasse 5000 Mark für Beitragsrückstellungen überwiesen.

Bei der Einziehung der Beiträge soll das Markenstystem in Anwendung kommen. Die Entschädigungen für den Hauptvorstand wurden festgelegt und soll der Vorsitzende 1/2 Prozent, der Schriftführer und Hauptkassierer je 2 Prozent der Einnahme erhalten.

Der Titel der jetzt erscheinenden Zeitung soll abgeändert werden. Die Zeitung soll möglichst alle 14 Tage erscheinen. Die Redaktion wurde dem Kollegen Alaud übertragen.

Für den Hauptvorstand wurden gewählt die Kollegen Matichuk als Vorsitzender, Alaud als Schriftführer und Karl Friedrich als Hauptkassierer. Als auswärtige Hauptvorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Franke und Rötmar, Halle, Freudenthaler, Nürnberg, Meyer, Jürth und Geiang, Frankfurt a. M., für den Zentralrat Kollege Scharias, als Vertreter Kollege Seeger, Berlin.

Die Tagung des nächsten Delegiertentages soll in Halle a. S. stattfinden.

Die getroffenen Beschlüsse sind in der Zeitung u. a. freter am 1. Januar 1920 in Kraft.

Mit der Aufforderung, unablässig und mit aller Kraft für die Ausbreitung und Vergrößerung des Gewerbevereins der Deutschen Gemeindearbeiter einzutreten, wurde der Delegiertentag mit einem dreifachen Hoch geschlossen. H.

Die Genossenschaft als Grundlage unserer Wirtschaft.

Die Einsicht, daß die Genossenschaft eine höhere, sittlich wertvollere Form der Wirtschaft darstellt, bricht sich auch in Kreisen Bahn, in denen bisher das persönliche Interesse als ausschlaggebend zu gelten pflegte. Im roten "Tag" weist ein Bankdirektor Schmidt auf die bedeutsameren Folgeerscheinungen des Verkaufes unserer Industrie an das Ausland hin, von denen besonders auch die Arbeiter schwer betroffen würden, und verlangt, daß Mittel und Wege gefunden und gefunden werden, um den Interessen der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten. Ein solches Mittel sei vielleicht die Vergenossenschaftlichung unserer industriellen und handwerklichen Betriebe. Schmidt verweist zunächst darauf, daß die Geschäftsanteile einer Genossenschaft nicht Spekulationsobjekt sein können, daß sie mit der Mitgliedschaft verbunden und unzerkäuflich sind. Er fährt dann fort:

Diese Form der Kapitalbeschaffung für das betreffende Unternehmen ist moralischer und gefundener als die unpersonliche Beteiligung durch Aktien. Man kann sagen, daß die Mehrzahl der Aktienbesitzer lediglich vorübergehend ihr Kapital in den Aktien anlegen wollen und viel mehr Gewicht auf eine Auszahlung als auf eine feste Rente legen. Ja, viele Aktionäre kennen das Unternehmen, an dem sie sich durch irgendwelchen Rat beteiligt haben, entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich. Sie rechnen durch eine Erhöhung des Kurses mit der mühseligen Erhöhung ihres Vermögensbestandes.

Man anders ist dies bei den Genossenschaften. Da verändert sich der Wert des Geschäftsanteils, auch wenn die Genossenschaft noch so gut arbeitet, in keiner Weise; eine Beteiligung von 1000 Mark "leibt immerzu nur ein Vermögensbestand von 1000 Mark, auch dann, wenn das genossenschaftliche Unternehmen mehr als einen normal zu bestimmenden Gewinnanteil auszusütten in der Lage ist. Man ersieht daraus schon, daß die genossenschaftliche Form moralischer und sittlich höher einzuschätzen ist als die Aktienform.

Bei einer Genossenschaft hat ein jedes Mitglied, ob vermögend oder unermögend, ob Inhaber mehrerer Geschäftsanteile oder nur eines, nur eine Stimme. Dadurch ist eine Vermeidung des kleineren Kapitalisten seitens des größeren Kapitalisten, wie es bei den Aktiengesellschaften der Fall sein kann, bei der Genossenschaft unmöglich.

Die Umwandlung unserer Aktiengesellschaften in Genossenschaften dürfte auch einer jeden Form der Sozialisierung bei weitem vorzuziehen sein. Bei einer Genossenschaft bleibt bei der breiten Grundlage, auf die das Unternehmen gestellt ist, doch die persönliche Initiative gewahrt. Die Genossenschaften haben bekanntlich drei wesentliche Grundzüge auf ihre Fahne geschrieben: Selbsthilfe - Selbstverwaltung - Selbstverantwortung. Solange an diesen Grundzügen festgehalten wird, besteht das individuelle große Interesse aller Beteiligten an dem Unternehmen. Bei der gestauten und beispiellosen Sozialisierung ist dies nicht der Fall, da dort selbst die Selbsthilfe und die Selbstverantwortung und auch die Selbstverwaltung ausgefallt und das Unternehmen lediglich beamtenmäßig geführt wird. Bei der Sozialisierung werden die Paragrafen die Hauptrolle spielen und nicht die persönliche Initiative, d. h. das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl.

Wir haben in Deutschland genug Genossenschaften, die ganz vortrefflich zu arbeiten imstande sind und die nicht nur ihren Mitgliedern, sondern der Allgemeinheit zum allergrößten Nutzen sind.

Allgemeine Rundschau

Freitag, den 12. Dezember 1919.

Weihnachten! Noch trennen uns einige Tage von dem Feste, das in seiner Wärme und Innlichkeit so recht dem Wesen des Deutschen entspricht und das deshalb nirgends in der ganzen Welt mit solcher Liebe und Andacht gefeiert wird wie in deutschen Ländern. Aber wie in den letztvergangenen Jahren, so will auch in diesem die wahre Feststimmung nicht aufkommen. Die lichte Weihnachtstunde wird niedergehalten durch die graue Sorge, die überall zum Fenster hereinstrahlt und mit ihrem Schatten auch die Aussicht auf eine hellere Zukunft verperert.

Seit mehr als einem Jahre sind die Kanonen draußen vernehmbar. Der Krieg, so heißt es, ist zu Ende. Aber haben wir deshalb den Frieden? Ganz abgesehen davon, daß die Feinde noch immer zögern, ihren Namen unter das sogenannte Friedensdokument zu legen, muß man sich immer wieder die Frage vorlegen: Wo bleiben unsere Kriegsgefangenen, die jahrelang in Feindesland nach der Heimat schmachten, unter den körperlichen und seelischen Qualen stier zusammenbrechend? Ist denn bei den Franzosen, deren Mordgefühl sich an ungezählten Anschlägen, keine Spur von Menschlichkeit mehr vorhanden, die sie das Unerhörte ihres Handelns empfinden läßt? Sollten nicht diejenigen von ihnen, die selbst jahrelang in Gefangenenschaft gewesen und die Technik nach der Heimat empfinden haben, dahin wirken können, daß man endlich dem grausamen Treiben ein Ziel setzt und die deutschen Kriegsgefangenen nach Hause schickt?

Kein Friede auf Erden! Auch nicht in unserem Wirtschaftsleben. Gewiß, es ist ruhiger geworden im Laufe der Monate, aber von geordneten Zuständen kann noch immer nicht gesprochen werden. Und gar im politischen Leben! Ein Kampf, wie er unter Volksgenossen nicht brutaler und gefährlicher ausgefochten werden kann. Wohllich, wenn könnte an der Zukunft zweifeln, wenn nicht der Glaube an die Gerechtigkeit und den gesunden Sinn des deutschen Volkes so fest wäre. Es muß doch Friede werden! Der Mordbrenn unserer Feinde wird erlöschen, der Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit der Völker wird immer härter werden, die trennenden Schranken des Hasses und der Vernichtungswut werden fallen, und damit werden auch im Innern der Länder wieder die Ruhe und Ordnung eine Stätte finden, die die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung sind.

Wir deutschen Gewerkschafter wollen diese Entwicklung nach Kräften anbahnen und zu fördern suchen. Wie wir in den idyllischen Jahren der Vergangenheit treu unsere Schuldigkeit getan haben, unsere Mitbürger gegenüber und der Volksgemeinschaft, so wollen wir es auch in der Zukunft halten. Unbeirrt durch die Hindernisse, die sich uns auf unserer Bahn entgegenstellen, wollen wir den Weg weiter beschreiten, den wir als richtig erkannt haben und auf dem uns schon so mancher gefolgt ist, der vorher uns die höchsten Lohnsummen nachgerufen hat. Wir wollen treu unseren bewährten Grundsätzen, unerschütterlich daran weiterarbeiten, daß die Weihnachtswort: Friede auf Erden! endlich zur Wahrheit wird und freudige Aufnahme findet in unserm deutschen Volke das was niederzuwerfen und adematig, dennoch schließlich die Kraft und den Willen aufbringen wird, im friedlichen Wettbewerb aller Völker mitzumarchieren an der Spitze der Weltkulturen. So war es, und so soll es wieder werden, und die Hoffnung, daß es unserer vereinten Kraft recht bald gelinzt, möge das alte Licht der Feststimmung anlassen in einer hellen Flamme der Begeisterung zum Kampfe für unsere Idee und die Emporhebung der Menschheit.

Ein Mitteilungsblatt für unsere Jugendabteilungen gelangt in diesem Monat zum ersten Male zum Verstand. Die unendlichen Verhältnisse gestalten es nicht, dem alleseitig gebeten Wunsch nachzukommen und unsere Jugendzeitung "Die Sonne" schon jetzt wieder erscheinen zu lassen. Um aber ein Bindeglied zwischen dem Jugendbundvorstand und den einzelnen Jugendabteilungen zu schaffen, wird in vorausgesetzter Folge ein auf dem Wege der Vereinfachung herausgegebenes Mitteilungsblatt an die Abteilungsleiter versandt, das kurze Mitteilungen, Anregungen und Richtlinien enthält, die den Mitgliedern der Abteilungen in der nächsten Sitzung zur Kenntnis gebracht werden sollen. Selbstverständlich haben Anspruch auf die Zusendung nur diejenigen Abteilungen, von deren Existenz der Jugendbundvorstand etwas weiß, die ihm also gemeldet sind.

Anregungen und Vorschläge ebenso wie ganz knapp gefasste Mitteilungen werden gern entgegengenommen. Ausgeschlossen aber sind Berichte über Veranstaltungen wie Weihnachtsfeiern u. dergl. Dazu reicht der Raum nicht aus. Zuschriften, die sich auf das Mitteilungsblatt beziehen, sind an den Verbandssekretär Kollegen Lewin, Greifswalderstr. 221-23, zu richten.

Zulagen zu Unfallrenten. Durch Verordnung vom 27. November erhalten Verletzte, die auf Grund der reichsgerichtlichen Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 auf Antrag eine monatliche, im Voraus zahlbare Zulage von 20 M. zu ihrer Rente gewährt. Voraussetzung ist, daß sie nicht Ausländer sind, die sich im Auslande aufhalten, und daß nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Das Gleiche gilt für Verletzte, die auf Grund der reichsgerichtlichen Unfallversicherung mehrere Renten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wenn die Hundertfüge ihrer Renten zusammen mindestens 66% ergeben.

Der Antrag ist an die Berufsgenossenschaft zu richten. Da es nur wenige Rentenbezieher geben dürfte, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Zulage von 20 M. nicht benötigen, raten wir allen, die es angeht, ihren Antrag sofort zu stellen.

Die Gelben auf dem Arbeitsplatze. In unserer Nummer 15-16 widmen wir unsere Mitglieder auf die neuerdings verstärkten Bestrebungen hin, den Gelben zu neuer Blüte zu verhelfen, und mahnten eindringlich, allen Ausbreitungsversuchen der Gelben entschieden Widerstand entgegenzusetzen. Bei dieser Gelegenheit hatten wir die gelben Gewerkschaften als eine der widerwärtigsten Erscheinungen in der Arbeiterbewegung bezeichnet, ein Urteil mit dem wir keineswegs allein dastehen, sondern in dem Hebevereinstimmung besteht in allen, auch der Arbeiterfront selbst fernstehenden Kreisen, die etwas von der Arbeiterbewegung verstehen. Trotzdem fühlt sich "Der freideutsche Arbeiter", das Organ der gelben freideutschen Arbeiterbundes, durch unsere Kennzeichnung tief gekränkt und läßt darauf in seiner Nr. 11 vom 30. November eine Schmäherung gegen uns los, die für uns insofern eine wertvolle Fundgrube bildet, als sie die Absichten der Verächter auf die Wiederabgabe, die wir ihnen auch sonst auf das unheilvolle Scheitern überhan nicht einsehen kann, wenn unter solchem Schwelgen von jener Seite nicht als Reaktionsmaßnahme einiger solcher Behauptungen aufgebracht werden könnte. Deshalb nur ein paar Worte: Die Gewerkschaften werden gleichmäßig bezeichnet als der sogenannte Berufsverein, welcher bis zur heutigen Stunde nicht eine einzige Tat als ihr (?) rechtmäßiges Eigentum haben kann". Welch ein geistiges Licht muß der Schreiber dieses Zitates sein, welcher gründlicher Kenner der deutschen Arbeiterbewegung! Doch die Gewerkschaften sind nur eine Fülle herausragender, seit ihrem Bestehen für die gesamte deutsche Arbeiter- und Schichtkämpfer einsetzenden sind, daß sie dem Tode danken die Bahn geebnet haben, daß ihre Grundgedankensätze während der Jahre für die Bildung der Arbeiterbewegung, daß auf allen diesen Gebieten die übrigen Organisationsformen der deutschen Gewerkschaften gefolgt sind, das sind Tatsachen, die als rechtmäßiges Eigentum für das deutsche Volk und jedes anderen Volkes wohl das sicherste Verhängnis steht.

Wenn denn davon die Rede ist, daß die "Gilde" mal mit den roten, mal mit den Gelben zusammenarbeiten, so meint unser Gedankens dabei ein gut Stück Wechsellagerung. Die Deutschen Gewerkschaften — und zwar sowohl die Leitungen wie die Mitglieder — lehnen jedes Zusammenarbeiten mit den Gelben grundsätzlich ab. Wir bekämpfen sie vielmehr wo wir ihnen begegnen, als Schädlinge der deutschen Arbeiterfront, verzichten freilich in diesem Kampfe auf die richtigen Waffen, deren sich der selbe Schimpfpostel bedient. Allerdings wer mit Tatsachen nichts anrichten kann, legt sich gewöhnlich auf das Höfnerieren, und dabei pflegt es dann auch auf eine Hand voll Reuten auf Kosten der Wahrheit nicht anzukommen.

Auf den weiteren Talm näher einzugehen, lohnt sich nicht. Wir haben das Gefühl, als wenn wir ohnehin dem gelben Schmod schon zu viel Bedeutung beimessen haben.

Nachfrage zur Washingtoner Arbeiterkonferenz. Letztlich ist die Tagung in Washington Ende November geschlossen worden. Die deutsche Delegation hat also richtig gehandelt, als sie im letzten Augenblick auf die Ueberfahrt verzichtete. Sie hat aber, um keinen Zweifel über ihre Gesinnung aufkommen zu lassen, am 27. November einen Punkt an die Washingtoner Konferenz gerichtet, in dem die Gründe für das Fernbleiben der Deutschen angegeben werden und es schließlich heißt:

"Die Delegation mußte sich hierauf schweren Herzens entschließen, die Reise abzubrechen und auf die Teilnahme an der Konferenz zu verzichten. In dem sie dies zur Kenntnis der Konferenz bringt, legt sie besonders Wert darauf, festzustellen, daß von deutscher Seite alles getan ist, um bei den Verhandlungen vertreten zu sein, und daß nur die Unmöglichkeit diese Pflicht zu erfüllen ist, die sie dazu zwingt. Sie ist sich sehr wohl bewußt, daß die deutschen Delegierten mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Vertreter der anderen Völker zur Konferenz zugelassen werden würden, ist nichts unerfüllt geblieben, um den deutschen Vertretern die Ueberfahrt zu ermöglichen. Infolge der anfangs des Monats im Hebeverein beschriebenen Störung hat sich jedoch die erste Reisegelegenheit erst am 18. November von Göttingen; das war, wie sich jetzt gezeigt hat, zu spät.

Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß ihr Fernbleiben unter diesen Umständen mehr von der Konferenz selbst noch von der Arbeiterfront der Welt benutzt werden wird. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten und namentlich seit Einsetzung der Reichsregierung im Abgange der Ueberfahrt der arbeitenden Massen seines Landes getan. Das gilt namentlich auch für die Gebiete, die den Gesamtstand der Welt mitzuformen in Washington bilden. Es wird Deutschland daher nicht als Angelegenheit von Interesse und an der für die Arbeiterfront ausgelegt werden können, wenn seine Vertreter sich unter dem Vorwand der Unmöglichkeit die Teilnahme an der Konferenz verweigern müssen. Die deutschen Hebevereinstellungen verfolgen die Beratungen in Washington mit dem lebhaftesten Interesse und wünschen der gemeinsamen Arbeit der Nationen auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes reichen Erfolg."

Wie weit diese Erwartungen und Wünsche in Erfüllung gegangen sind, inwieweit den in Washington gefassten Beschlüssen ein Erfolg beschieden sein wird, das zu beurteilen muß einer höheren Zeit vorbehalten bleiben. Außerdem sind die Berichte über die Konferenz so unklar und unbestimmt, daß sich ein deutliches Bild darüber erst in einigen Wochen wird entrollen lassen. Bis dahin wollen wir die Bestrebung zurückstellen. Erwähnt sei aber schon heute doch in dem für das nationale Arbeiteramt vorgehenden Verbandsrat des Deutschen Reichs zwei Tage haben wird, einen für die Hebevereinstellung und einen für die Arbeiterkommission. Für die Arbeiterkommission hat man ihm seine Zeit bewilligt. Als Vertreter für die Arbeiterkommission dürfte Leppin als Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in Betracht kommen.

Zur Förderung unserer Jugendbewegung muß alle Mittel anwandten werden, die geeignet erscheinen, uns einen Erfolg zu bringen. Wir haben deshalb zur Reduktion eine Zeitschrift über die uns von dem Kollegen Sudowewitz herbeigekommen ist und wertvolle Fingerzeige enthält. Darin heißt es:

So lange unsere Gewerkschaftsbewegung beharrlich ist immer und immer wieder die Anregung erlassen, die Jugend für uns zu gewinnen. Es ist aber von den meisten Stellen einmal erst ins Auge gefaßt wurde, wüßte ich dahingehend sein lassen. Kein Geldern, nicht nur, daß man keine Zeitläufe besitzt und bin und wieder die Monatsvermittlung bezieht, hat man seine Pflicht getan, sondern wo man auch ist, immer soll man sich als Gewerkschafter betonen und die Interessen vertreten. Zu gehört in erster Linie die Jugend. Um nur in den Augenblicken des Interesses zu werden, schließt man sie zu einer Abteilung zusammen. Es wird nun ein älterer Kollege um 1. Vorstehenden ein jüngerer um 11. Vorstehenden gewählt; so macht man es auch mit dem Schriftführer, Kassierer und Zwielliker, immer einen Jugendlichen dazu, so weit man den Ehrgeiz der übrigen.

Diese Abteilung nun hält ihre Versammlungen ab und legt Zielstunde in der Woche mindestens zweimal fest, wo bei einjähriger Witterung durch Schlagball, Faustball bei unangünstiger Witterung im Vereinslokal durch Einüben von Marschübungen, Schachspiel usw. die Zeit ausgefüllt wird. Die Jugendlichen zahlen monatlich einen kleinen Beitrag, um von diesem die nötigen Zielgeräte anzuschaffen zu können, natürlich müßte hier der Ortsverband etwas diesen Jugendlichen unter die Arme reichen. An den Versammlungen der Jugendlichen sind von Zeit zu Zeit

